

Schritte gegen wachsende Altersarmut dringend

23.000 Menschen über 65 Jahre mit Nebenjob, um ihre Rente aufzubessern

Nach den aktuellen Erwerbsdaten des Thüringer Landesamtes für Statistik müssen immer mehr Menschen ab 65 Jahre einen Nebenjob ausüben, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Dazu erklärte Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

„Nur durch gut bezahlte Arbeit während der Erwerbstätigkeit und ein sicheres, solidarisches Rentensystem wird man in der Lage sein, Menschen im Alter vor Armut zu schützen und ihnen einen würdigen Altersruhestand zu garantieren. Ich unterstütze ausdrücklich die Forderung der Partei DIE LINKE nach einer Mindestrente in Höhe von 1.050 Euro netto im Monat.“

Die Zahl der älteren Menschen, die neben ihrer Rente eine weitere Erwerbsquelle zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes benötigen, ist in den letzten zehn Jahren um fast das Dreifache gestiegen. 23.000 Menschen über 65 Jahre benötigen derzeit in Thüringen einen Nebenjob, um ihre Rente aufzubessern. 2006 waren dies noch 8.000. Damit bestätigen sich leider die wiederholten Warnungen der LINKEN vor einer falschen Rentenpolitik der Bundesregierung, die zu mehr Alters-

armut hauptsächlich in Ostdeutschland führt.“ Dies liege nicht nur an der verschleppten Angleichung der Ost- an die Westrenten, sondern auch an der lange Zeit in Thüringen favorisierten Niedriglohnstrategie. „Das rächt sich jetzt bitter bei den Betroffenen, die neben zahl-



reichen Brüchen in ihrer Erwerbsbiografie auch noch mit Niedriglöhnen und Billigjobs abgespeist wurden und im Alter Grund-sicherung oder eine

kleine Rente beziehen, die zum Leben nicht reicht.

Noch heute gibt es große Unterschiede zwischen Durchschnittsentgelten in Ost und West. Equal Pay muss also nicht nur für Frau und Mann, sondern auch für die Bezahlung in Ost und West gelten. Wenn wir hier nicht schnell handeln, wird sich das Problem massiv verschärfen“, so Ina Leukefeld.

Bundesregierung und Bundesrat haben im Juli zwar eine mehrstufige Angleichung der Renten bis 2025 beschlossen, gleichzeitig wird aber der sogenannte Hochwertungs-faktor zum Ausgleich der Lohnunterschiede und damit der Rentenhöhe zwischen Ost und West im gleichen Zeitraum abgeschafft.

„Das wird die Altersarmut verstärken. Die rot-rot-grüne Landesregierung bereitet deswegen zurzeit eine Initiative zur Sicherung des gesetzlichen Rentensystems vor“, sagt die Landespolitikerin und verweist zugleich auf das LINKE-Programm zur Bundestagswahl: „Wir haben als einzige Partei ein seriöses und umsetzbares Konzept für eine grundlegende Reform der Rentenpolitik aufgestellt. Wir wollen das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben, für Menschen mit niedrigen Einkommen fordern wir die Einführung einer solidarischen Mindestrente in Höhe von 1.050 Euro netto im Monat. Mit der Anerkennung von Ausbildungszeiten als auch Tätigkeiten im Ehrenamt und der Berücksichtigung von Kindern als auch Pflegezeiten bei der Berechnung der Rente tragen wir einem modernen Gesellschaftsbild Rechnung und beugen so nachhaltig wirksam der Altersarmut vor.“

Wanderwegekonzeption pünktlich zum 117. Wandertag vorgelegt

Die Thüringer Wanderwegekonzeption und der 117. Deutsche Wandertag, der vom 26. bis 31. Juli in Eisenach stattfindet, waren auf Antrag der Koalitionsfraktionen im Juni Thema im Landtag.

Während Thüringen im allgemeinen Tourismus auf einen Marktanteil von 2,4 Prozent aller Bundesländer kommt, zieht es mehr als neun Prozent aller Wanderinnen und Wanderer in den Freistaat.

Dennoch steht auch der Wandertourismus vor neuen Herausforderungen: ehrenamtliche Wegewarte können das riesige Wegenetz von über 17.000 km Länge nicht mehr auf qualitativ notwendigem Niveau pflegen, neue Ansprüche von Wandernden (was Tages- und Halbtagestouren oder Rundwanderwege betrifft) müssen beachtet werden: Dazu kommen Digitalisierung und modernes Marketing.

Knut Korschewsky, tourismuspolitischer Sprecher und im Übrigen auch Präsident des Thüringer Gebirgs- und Wandervereins, betonte: „Die pünktlich zum 117. Deutschen Wandertag in Eisenach vorgelegte Thüringer Wanderwegekonzeption 2025 beschreibt für all diese Fragen und Problemstellungen die notwendige Herangehensweise. In enger Abstimmung mit den Wanderverbänden wurden zu fördernde Strecken identifiziert, Zuständigkeiten geklärt und Finanzierungsfragen

aufgeworfen. Mit einer entschlossenen Umsetzung kann Thüringen so zum Wanderland Nr. 1 aufsteigen.“

In der Landtagsdebatte am 23. Juni hatte der Abgeordnete außerdem darauf hingewiesen: „32 Prozent aller Urlauberinnen und Urlauber in Thüringen sind potenzielle Wanderer. Wir haben durchaus Chancen, dieses Potenzial weiter zu heben. Wir haben die Möglichkeit mit einer Verbesserung von Qualität, mit einer besseren Vermarktung. Den größten Marktanteil in Thüringen haben übrigens die Niederländer. Auch hier gibt es noch Entwicklungspotenziale, z.B. bei Stellflächen für Campinganhänger sowie rund um das Thüringer Meer.“

Knut Korschewsky sagte weiter: „Wir haben im Tourismus generell eine neue Anforderung in der Qualität. Und wir haben vor allem Dingen auch in der Qualität von Wegen neue Anforderungen. Die schönste Wanderwegekonzeption nutzt uns nichts, wenn die finanziellen Mittel für eine nachhaltige Bewirtschaftung dieser Wanderwege nicht zur Verfügung gestellt werden. Das müssen wir uns auch für den nächsten Doppelhaushalt genau ansehen, auch dass entsprechende Mittel dem ThüringenForst zur Verfügung gestellt werden, damit die Möglichkeit der Bewirtschaftung gewährleistet werden kann. Nur dann, wenn auch die Fachleute die Anleitung des Ehrenamts machen, bin ich mir sicher, dass wir diese

Qualitätssicherung auch tatsächlich hinkriegen.“

Der Abgeordnete begrüßte es sehr, dass „wir seit dem 01.04. einen hauptamtlichen Landeswegekoordinator haben. Dieser braucht aber natürlich die Unterstützung aus den Kreisen, er kann allein nicht diese 17.000 Kilometer Wege ablaufen. Aber wir haben hier endlich jemanden, der das Qualitätsmanagement weiter vorantreiben kann, der die Unterstützung geben kann und muss für die ehrenamtlich Tätigen und für diejenigen, die in den Kreisen hoffentlich auch als hauptamtliche Wegewarte tätig sind“.

Nebenbei NOTIERT

von Annette Rudolph

Sommerloch. Wo?

Zugegeben, die Anfrage der Thüringer Allgemeinen war wohl eher rhetorisch gemeint: „Gibt es ein politisches Sommerloch und was wird die Fraktion nach der Sommerpause zuerst anpacken?“

Unsere Antwort: Für die Fraktion steht einiges an, und eine Sommerpause gibt es ja auch nicht wirklich. Das betrifft vor allem die Gebietsreform, besonders nach der nun vorliegenden Urteilsbegründung der Weimarer Verfassungsrichter. Die nächsten Schritte, um Thüringen zukunfts-fest zu machen, müssen jetzt entschlossen angegangen werden. Wir sind schon mitten in den Beratungen.

Mit dem anstehenden Doppelhaushalt 2018/19 – dazu wird die Fraktion im August in eine zweitägige Klausur gehen – wollen wir die Chancen für eine nachhaltig gestaltende Landespolitik deutlich erhöhen: Mehr investieren, z.B. in die Schulen, aber auch alte Schulden tilgen.

Besondere Kraft wird die Fraktion in die abschließende parlamentarische Debatte zum neuen Kita-Gesetz stecken. Es muss im Herbst vom Landtag beschlossen werden, denn es soll pünktlich am 1.1.2018 in Kraft treten. Gemeinsam mit den Koalitionspartnern wollen wir das letzte Kita-Jahr generell beitragsfrei stellen: eine sozial- und bildungspolitische Maßnahme gleichermaßen. Etwa 18.000 Thüringer Familien werden um durchschnittlich 1.440 Euro im Jahr entlastet.

Bei der Beratung im Landtag und der Diskussion mit den Koalitionspartnern will sich die Fraktion auch für Verbesserungen bei der Personalausstattung – Stichwort Betreuungsschlüssel – einsetzen. Am 22. August lädt aber erstmalig der Bildungsausschuss Elternvertreter, kommunale Spitzenverbände und Vertreter der Träger und der Wissenschaft zu einer Anhörung zum Gesetzentwurf in den Landtag ein.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.